

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/4600

Vorlagen 14/1185 und 14/1269

Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Einzelplan 03 – Innenministerium
Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzende Marie-Luise Fasse verweist auf die Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Einzelplan 10 (siehe Vorlage 14/1453) und ruft zunächst eine allgemeine Aussprache zum Haushaltsentwurf – Einzelplan 10 – auf.

Friedhelm Ortgies (CDU) betont, ebenso wie beim Gesamthaushalt setze man auch im Einzelplan 10 die Konsolidierung fort und wolle weiterhin Schulden abbauen. Man werde im Einzelplan 10 einige nicht ganz einfache Entscheidungen mitzutragen haben. Er danke dem MUNLV ausdrücklich, dass es trotz einer schwierigen Ausgangslage gelungen sei, einen soliden Haushaltsentwurf vorzulegen, der Schwerpunkte setze. Den größten Brocken machten die kofinanzierten Programme, wie zum Beispiel die Gemeinschaftsaufgabe, das Programm Ländlicher Raum, das EFRE-Programm, aus: fast 160 Millionen €. Mit dieser Schwerpunktsetzung leiste man einen großen Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums. Die Vorgängerregierung habe immer EU-Mittel verfallen lassen und sie nicht abgerufen. Das habe sich geändert. Mit diesem Haushalt würden die Möglichkeiten zum Wohle des Landes Nordrhein-Westfalen ausgeschöpft. Das finde eindeutig die Zustimmung und Unterstützung der CDU.

Beim Naturschutz habe man mit dem neuen Landschaftsgesetz die Rahmenbedingungen und die Stimmung wesentlich verbessert. Das gelte auch für die Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden vor Ort, und der Naturschutz werde weiter einen hohen Stellenwert behalten. Man werde im Haushalt 2008 noch mehr Gewicht auf den ehrenamtlichen Naturschutz legen, der nicht nur verbändegebunden sei.

In der Landwirtschaft sei die Entwicklung – man habe schwierige Jahre hinter sich – im Acker- und Milchbereich sehr positiv. Negativ sehe es beim Veredlungsbereich aus. Angesichts der Flächenkonkurrenz, die auf einmal sehr deutlich werde, zeige sich, dass sich das Bild einer leistungsfähigen und modernen Landwirtschaft gewandelt habe. Es dringe immer mehr ins Bewusstsein, dass der Boden als Faktor nicht vermehrbar sei. Man habe das vor allem im neuen Landschaftsgesetz berücksichtigt.

Man wolle die Ausgleichsmaßnahmen vereinfachen und erwarte eine konsequente Umsetzung bei den Behörden vor Ort.

Zu der in diesem Rahmen von der EU-Kommission geplanten Erhöhung des Anteils der Modulationsmittel, der Umschichtung der Agrarsubventionen oder Ausgleichszahlungen von der ersten in die zweite Säule: Man habe große Bedenken, dass die Modulationsmittel, wie von der EU-Kommissarin vorgeschlagen, erhöht würden. Er erwarte von der Landesregierung, dass diese Bedenken an die EU weitergegeben würden. Denn damit werde in diesem Bereich das Vertrauen in eine verlässliche Agrarpolitik, die mindestens bis 2013 reiche, schwer erschüttert. Es gehe um 50 Millionen € jährlich, die durch diese geplanten Maßnahmen der EU nicht mehr direkt an die Betriebe fließen würden. Er wolle nicht, dass der Vertrauensschutz durch den Health-Check – Gesundheitscheck – ausgehebelt werde. Man hoffe, dass die EU ihre Meinung noch ändere.

Beim Verbraucherschutz habe Nordrhein-Westfalen wichtige Akzente auf Bundesebene gesetzt. Beispiel: Initiative zum Schutz der Verbraucher vor unerwünschter Telefonwerbung. Das Land habe mit der Verbraucherzentrale eine langfristig gesicherte finanzielle Vereinbarung getroffen; das habe Rot-Grün nie geschafft. Das sei vom Vorstand der Verbraucherzentrale, Herrn Müller, ausdrücklich gewürdigt worden.

Ein weiterer wichtiger Punkt im Haushalt sei der Hochwasserschutz. Vor acht Tagen sei am Niederrhein das Vertragswerk zum Hochwasserschutzbereich Orsoyer Bogen unterzeichnet worden. Das zeige deutlich, welche Schwerpunkte das Land setzen werde. Wegen der Siedlungsdichte und der Industriekonzentration an den großen nordrhein-westfälischen Flüssen sei es sehr wichtig, hier weiter zu investieren.

Mit dem Megathema „Klimaschutz und Klimafolgen“ werde man sich den kommenden Jahren weiter beschäftigen müssen. Auch die Bundesregierung mit der Bundeskanzlerin an der Spitze habe dieses Politikfeld in den Mittelpunkt gerückt. Nordrhein-Westfalen könne das gut unterstützen. Die von der Landesregierung aufgelegten Programme zum Klimaschutz und -wandel in NRW peilten Maßnahmen an, die für das gesamte Bundesgebiet beispielgebend seien. Er erinnere nur an die Energieeffizienzoffensive, die Biomassestrategie und die Energieforschung. Man müsse wohl gemeinsam mit der Wirtschaft weiter entscheidende Schritte unternehmen. Man wisse sehr wohl, dass Nordrhein-Westfalen das Klima nicht alleine retten, aber man mithelfen könne, Schwerpunkte zu setzen.

Zum Thema „Kyrill und Forstpolitik“: Ob dieser Sturm eine Folge des Klimawandels gewesen sei oder nicht, wage er nicht zu beurteilen. Viele Experten glaubten das. Das Land habe bewiesen, sehr schnell und effizient handeln und umfassend Hilfe bereitstellen zu können. Er erinnere an das Programm des Landes und daran, dass es gelungen sei, auf europäischer Ebene aus dem Solidarfonds gut 90 Millionen € zu erschließen. Man erwarte, dass das Geld in alle geschädigten Regionen dieses Landes fließe. Gerade in den vergangenen Tagen habe es unsägliche Presseartikel gegeben, die suggeriert hätten, das wäre nicht so. Die CDU sei sicher, dass es anders

sei, als es in der Presse, lanciert von bestimmten Interessengruppen, dargestellt worden sei.

Man habe noch etliche Projekte vor sich – Lärmschutz, Abfallwirtschaft, Feinstaub –, über die man sich in den nächsten Wochen und Monaten, vielleicht auch Jahren, unterhalten müsse. Man stehe vor dramatischen Veränderungen – er habe vorhin die Landwirtschaft genannt –, denen man sich stellen müsse. In der letzten Haushaltsberatung habe man noch darüber beraten, wie man mit bestimmten Überschüssen fertig werde. Man habe überlegt, Getreide einer energetischen Verwendung zuzuführen. Darüber wage heute niemand mehr zu reden; innerhalb von knapp einem Jahr habe sich die Stimmung vollkommen gewandelt. Man müsse bei der Flächenkonkurrenz zu neuen Lösungen kommen, ohne die Bereiche Energieproduktion und Naturschutz zu vernachlässigen.

Dieser Haushalt sei die in Zahlen gegossene Antwort der Koalition der Erneuerung auf die drängenden Aufgaben im Bereich Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Svenja Schulze (SPD) meint, es habe sich wenig geändert, man könnte die gleiche Rede wie im letzten Jahr halten. Seit dem Antritt der schwarz-gelben Landesregierung werde die Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen systematisch heruntergefahren. Informationen für Verbraucherinnen und Verbraucher müsse man dieser Landesregierung jedes Mal einzeln abrufen. Etwa bei Gammelfleisch und PFT habe sich gezeigt, dass die neue Landesregierung ein völlig anderes Verständnis davon habe, wie man Bürgerinnen und Bürger informieren müsse. Sie wolle so wenig wie möglich informieren, um die Bürgerinnen und Bürger nicht zu beunruhigen. Damit werde aber eine große Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger geschaffen. Schwarz-Gelb habe überhaupt keine Antworten auf die Fragen zur Umweltpolitik der heutigen Zeit; dazu werde nichts gesagt.

EU-Umweltkommissar Stavros Dimas, sicherlich kein Linker und kein Fortschrittlicher, habe deutlich gemacht, dass man in der EU einen riesigen Artenverlust haben werde, wenn man so weitermache wie bisher. 42 % der Säugetiere, 43 % der Vögel und 52 % der Fische seien vom Aussterben bedroht. Im nächsten Jahr finde hier in NRW die große UN-Biodiversitätskonferenz statt. Aber in Nordrhein-Westfalen sei von eigenen Ansätzen in der Umweltpolitik nichts zu sehen. Die Regierung müsse aber auf solche Punkte Antworten geben und ein eigenes Verständnis von Naturschutzpolitik entwickeln. Davon sei aber bisher noch nichts erkennbar.

Dies werde bei der Frage Klimawandel ganz deutlich. Die Regierung habe keine Antworten. Man wisse noch nicht einmal so genau, wer eigentlich zuständig sei. In einer großen Debatte im Plenum habe Frau Thoben erklärt, dass sie die Klimaschutzministerin in Nordrhein-Westfalen sei. In der Einbringungsrede von Minister Uhlenberg habe dieser deutlich gemacht, für die Klimaanpassung zuständig zu sein.

Dieses Hin und Her gebe es auch im Haushalt. Zunächst seien 250.000 € in einen Fonds für Klimaprojekte eingestellt worden. Dann sei dem Minister wohl aufgefallen,

dass dies lächerlich wenig sei, um auf den Klimawandel zu reagieren. Jetzt gebe es einen Fonds über 10 Millionen €, bei dem allerdings nicht ganz klar sei, woher das Geld komme. Das zeige aber auch, dass nicht verstanden worden sei, worum es gehe. Klimawandel sei kein Projekt, das man ein Jahr lang angehen könne, und anschließend habe sich der Klimawandel erledigt. Vielmehr werde ein Konzept benötigt, das auf mehrere Jahre angelegt sei. Klimaschutzprojekte müssten auch finanziert werden, wenn man keine Aktien habe. Auch in diesem Bereich existierten also keine Antworten.

Keine Antworten gebe es auch für diejenigen ohne starke Lobby: Verbraucherinnen und Verbraucher, Umweltschutz. Dort werde überall der Rotstift angesetzt. Man brauche nur die Zahlen zu vergleichen. Im Haushalt 2005 seien im Einzelplan 10 rund 943 Millionen € eingestellt gewesen, während es heute nur noch 765 Millionen € seien. Selbst wenn man berücksichtige, dass ein Teil des Personals in andere Haushaltstitel verschoben worden sei, werde deutlich, dass in diesem Bereich nur gestrichen werde. Das wolle sie an einigen Punkten deutlich machen.

Friedhelm Ortgies habe das Ehrenamt angesprochen. Es würden kleine Beträge gestrichen, zum Beispiel 20.000 € für das Landesbüro der Naturschutzverbände. Halbiert würden die Mittel für Verbändeveranstaltungen in der Naturschutzakademie auf 25.000 €. Damit treffe man unmittelbar die Ehrenamtlichen vor Ort, diejenigen, die sich engagierten und in den Kommunen aktiv seien. Das spreche nicht für ein gutes Verhältnis zu ihnen, wenn selbst die kleinsten Aufmerksamkeiten der Landesregierung gestrichen würden. Es zeuge von wenig Verständnis für Naturschutz, in diesem Bereich zu kürzen.

Dasselbe gelte für die Titelgruppe „Nachhaltiges Wirtschaften“, in der im letzten Jahr schon herumgestrichen worden sei. Die Gelder für diejenigen, die Hilfe brauchten – vor allem mittelständische Firmen, die Beratung in Energieeffizienz brauchten –, würden gestrichen. Die Regierungskoalitionen hätten nicht begriffen, was Klimawandel und Klimaschutz bedeuteten. Es helfe nicht, dafür ein paar symbolische Haushaltspositionen vorzusehen.

Der Umweltetat sei eindeutig die schwarz-gelbe Melkkuh. Es werde immer nur Geld herausgenommen. Ideen für eine Umweltpolitik der Zukunft seien nicht vorhanden. Es fehlten Ideen für den Naturschutz, den Umgang mit Ehrenamtlern, die Verbraucherpolitik. Es sei keine gute Idee, die Kürzungen über Jahre festzuschreiben, ohne zu sagen, wie Verbraucherpolitik mit ihren neuen Herausforderungen finanziert werden solle. Der Einzelplan 10 werde als Steinbruch benutzt, aus dem Geld herausgebrochen werde. Eigene Ideen seien nicht vorhanden. Das Ehrenamt werde mit Füßen getreten, und Antworten auf den Klimawandel fehlten. Fazit: So könne man Umweltpolitik, Naturschutzpolitik, Verbraucherschutzpolitik in einem so großen Land wie Nordrhein-Westfalen nicht betreiben.

Bei ihren Änderungsanträgen habe sich die SPD auf wenige Punkte beschränkt, die sie symbolisch herausstellen wollen. Dort hätte man mit einfachen Mitteln zugunsten des Ehrenamts, zugunsten nachhaltigen Wirtschaftens umverteilen können.

Die Anträge sollten zeigen, dass noch eine Menge Spielraum vorhanden sei und noch vieles möglich sei.

Holger Ellerbrock (FDP) stimmt Svenja Schulze zu, sie habe die Rede vom letzten Jahr mit den Ideen von vorgestern gehalten. Diese Koalition habe ein Oberziel, nämlich die politische Handlungsfähigkeit durch einen konsolidierten Haushalt, einen ausgeglichenen Haushalt wiederherzustellen. Auch durch diesen Haushalt sei man diesem Ziel wieder ein Stück nähergekommen. Das seien Vorstellungen der Nachhaltigkeit, die der alten Landesregierung in den letzten zehn Jahren völlig fremd gewesen seien. Sie habe 50 Milliarden € Schulden zusätzlich gemacht. Man habe von der rot-grünen Koalition einen Schuldenberg von rund 113 Milliarden € übernommen. So könne es nicht weitergehen. Die Methode des Geldausgebens, der Klientelbefriedigung, der Gießkanne werde diese Koalition nicht weiter fortsetzen.

Er gestehe uneingeschränkt zu, bei mancher Position dieses Haushalts sei es der Koalition schwergefallen, Kürzungen vornehmen zu müssen und nicht mehr ausgeben zu können. Dies sei aber in Kenntnis eines stringenten Oberziels gelungen. Es handle sich bei dem Entwurf um einen Sparhaushalt der Kalkulierbarkeit. Es gebe eine Kalkulierbarkeit für Biologische Stationen und Verbraucherzentralen über drei Jahre, von der diese nach eigenen Worten in der Vergangenheit nur hätten träumen können. Dies hätten sowohl der neue Leiter der Verbraucherzentrale als auch die Biologischen Stationen gestern noch einmal bestätigt.

Man sei auch beim Hochwasserschutz kalkulierbar. Die Programme würden fortgeführt. Man sei bei der Landwirtschaftskammer kalkulierbar, obwohl dort nochmals 2,5 Millionen € eingespart worden seien. Das werde nicht leicht sein. Man habe hier im Ausschuss durch Kammerdirektor Hanebrink ein Konzept vorgestellt bekommen, das nun Schritt für Schritt umgesetzt werde. In dem Zusammenhang wundere es ihn bei den Anträgen der Grünen, dass Johannes Rimmel bei dem Vortrag von Herrn Hanebrink deutlich lobende Worte gefunden habe, und jetzt wollten die Grünen auf einmal etwas ganz anderes. Da müsse man nach der Kalkulierbarkeit solcher Aussagen fragen; ihre Halbwertszeit betrage maximal ein Jahr.

Im Bereich der Kyrill-Hilfe wolle er positiv hervorheben, dass es gelungen sei, den europäischen Solidarfonds zu mobilisieren. Bedauerlicherweise sei man allerdings auf Bundesebene nicht erfolgreich gewesen. Vielleicht sei die Mobilisation des europäischen Solidarfonds ein Zeichen für andere Bundesländer, auch mit dem Forstschäden-Ausgleichsgesetz Solidarität zu realisieren.

Zusammenfassung: Der Haushalt sei nicht einfach. Man habe ein klares Oberziel, das Schritt für Schritt verwirklicht werde, so auch in diesem Haushalt. Dieser Haushalt sei verantwortbar. Er sei positiv, weil es für alle Beteiligten eine klare Linie und Kalkulierbarkeit gebe. Die Klientelbefriedigung habe ein Ende. Jeder wisse, in welche Richtung es gehe.

Johannes Rimmel (GRÜNE) macht zunächst einige grundsätzliche Anmerkungen zur allgemeinen Finanzsituation: Diese Landesregierung sei zwar mit dem Ziel ange-

treten, den Haushalt zu konsolidieren, aber letztlich habe keine Konsolidierung stattgefunden. Laut realem Schuldenstand hätten die Schulden zugenommen. Mindestens eine Milliarde sei von den Kommunen geholt worden. Außerdem profitiere die Koalition von einer Politik, die sie nicht selber initiiert habe, die aber Steuermehreinnahmen produziere, und die Konsolidierung werde auf dem Rücken des Personals ausgetragen. An das Eingemachte werde nicht herangegangen. Vielmehr bediene man sich bei denen, die sich nicht wehren könnten: beim ehrenamtlichen Bereich im weitesten Sinne.

Die Hauptkritik laute: Der Einzelplan 10 leide unter dauerhafter Schwindsucht, und ein Ende sei leider nicht absehbar. Das deute darauf hin, dass der Bereich Umwelt und Landwirtschaft innerhalb der Landesregierung nicht nur deutlich an Gewicht verloren habe, sondern fast gar nicht mehr spürbar sei, dass dieser Bereich am Kabinetttisch mit irgendeiner Relevanz vertreten wäre. Sonst würde eine solche Entwicklung nicht in Zahlen und Buchstaben in einen Haushaltsplan gegossen. Um es im Bild zu beschreiben, schein ihm der Umweltetat wie ein verdorrter Baum zu sein, dem kein Wasser mehr zugeführt werde.

Nun stelle er fest, dass die eine oder andere Rose noch an den Baum gehängt werde. In der Ergänzungsvorlage fänden sich 10 Millionen € für ein Klimaschutz- und Klimafolgenprogramm, das er – Rimmel – nicht bewerten könne. Deshalb bitte er bis zur zweiten Lesung um Informationen, was mit den 10 Millionen € initiiert werden solle. Ohne das zu wissen, könne man den Titel weder loben noch kritisieren.

Das Gleiche gelte für die eingestellten EFRE-Mittel – Ziel-2-Mittel –, bei denen für den ländlichen Raum irgendwelche Tourismusmaßnahmen angedacht seien. Ihn würde interessieren, was mit diesem Geld passiere, um eine Bewertung vorzunehmen, ob die Einstellung dieser Mittel sinnvoll und unterstützenswert sei.

Insgesamt zeichne sich an drei Stellen deutlich ab, wohin die Bewegung gehe:

Erstens. Das Thema „Nachhaltige Entwicklung“ finde sich in diesem Einzelplan nicht mehr – früher eine stolze Domäne des Landes Nordrhein-Westfalen. Andere Bundesländer hätten da nach Nordrhein-Westfalen geschaut. Mittlerweile spiele Nordrhein-Westfalen im bundesweiten Konzert keine Rolle mehr, wenn es um eine Strategie für nachhaltige Entwicklung gehe. Die neue Landesregierung habe sich aus diesem Prozess ausgeklinkt – leider. Dass die Landesregierung diesen Weg eingeschlagen habe, werde man in Zukunft bitter bereuen.

Zweitens. Es werde deutlich, dass gerade das ehrenamtliche Engagement in den Bereichen Naturschutz, Umwelt, Eine-Welt stark beeinträchtigt werde. Diese Landesregierung messe dem Ehrenamt unterschiedliche Gewichte bei. Das Ehrenamt, das sie gut finde, werde gefördert und ausgebaut, während bei dem Ehrenamt, das sie als schlecht empfinde, gekürzt werde.

Drittens. Naturschutz: Im Frühjahr finde die Konferenz zur Biodiversität in Nordrhein-Westfalen statt. Die Landesregierung lobe Wettbewerbe aus, um sich auf diese Konferenz vorzubereiten. Gleichzeitig würden aber im Haushalt die Mittel für den Naturschutz gekürzt. Das passe hinten und vorne nicht zusammen, zeige aber, wie diese

Landesregierung politisch vorgehe. Man mache öffentliche Kampagnen, und im Hinterzimmer würden die Mittel zusammengestrichen. Das Publikum werde das möglicherweise eine Weile nicht erkennen, der Landesregierung aber irgendwann auf die Schliche kommen.

Eine abschließende Bemerkung zum Bereich Landwirtschaft: Die Frage der Modulation und der Verteilung zwischen den Säulen sei in mehreren Plenardebatten rauf und runter diskutiert worden. Diese Umverteilung werde kommen wie das Amen in der Kirche. Das Problem für die Landwirtschaft und den Standort sei nur, dass Nordrhein-Westfalen das als letztes Land erkenne. Die Landesregierung bereite das Land und die Politik nicht darauf vor – zum Schaden des Standorts, der Wirtschaft, der Bäuerinnen und Bauern in diesem Land, die bis zum Schluss daran glaubten, ihre altbackene Position zu halten. Das werde dazu führen, dass man sich eben nicht frühzeitig genug darauf einstelle, dass dieser Wandel unweigerlich kommen werde. In anderen Regionen Europas sei die Vorbereitung auf diese Umstellung schon längst im Gange, wie zum Beispiel in Österreich, während das Land Nordrhein-Westfalen immer noch darauf warte, dass der Zug der Zeit an ihm vorbeigehe und es nicht betroffen sein werde.

Deshalb habe man, um das Größte zu vermeiden, eine Reihe von Änderungsanträgen gestellt, die selbstverständlich alle gedeckt seien. Im Umweltausschuss wolle er die entsprechenden Deckungen nicht präsentieren. Einige Deckungsvorschläge stammten aus Umverteilungen im Einzelplan 10 etwa Richtung Naturschutz, Umweltschutz. Man werde einen Gesamtdeckungsvorschlag präsentieren, den man gestern beschlossen habe und der nicht über den Haushaltsrahmen der Landesregierung hinausgehe. Jeder Änderungsantrag werde also durch einen Deckungsvorschlag an anderer Stelle untermauert.

Er kündige an, dass man im Haushalts- und Finanzausschuss versuchen werde, zum Beispiel für die Stiftung Umwelt und Entwicklung, zu einer Erhöhung des Ansatzes zu kommen. Das habe man im Nachgang zur Ergänzungsvorlage diskutiert. Man werde auch die gesamte Problematik des Wasserentnahmeentgelts, das nun an anderer Stelle etatisiert sei, im Sinne einer bundesweiten Anpassung thematisieren.

StS Dr. Alexander Schink geht auf einige Punkte ein, weil sich einiges in der Zusammenführung des Haushalts anders darstelle, als gerade geschehen.

Zunächst sei ein Punkt wichtig. In der Tat habe Stavros Dimas mit Recht auf einen erheblichen Artenschwund aufmerksam gemacht, dem man entgegenwirken müsse. Nordrhein-Westfalen habe sich also die Frage zu stellen, ob man die Mittel für den Naturschutz im Haushalt sachgerecht vermehren müsse. Dies tue man. Naturschutzpolitik mache sich nicht daran fest, Veranstaltungen von Verbänden zu fördern, um es ganz deutlich zu sagen. Naturschutzpolitik finde vielmehr in der Fläche statt, dort, wo die Arten vorkämen und nirgendwo anders.

In diesem Haushalt würden die Mittel für Naturschutz von 13,5 Millionen € auf insgesamt 20,8 Millionen € erhöht. Man werde die Landesmittel von 13,5 Millionen € auf

16,5 Millionen € aufstocken, und im Jahr 2008 würden 4,3 Millionen € aus EFRE-Mitteln für Naturschutz ausgegeben. Die These, die Mittel für den Naturschutz würden gekürzt, sei deshalb unrichtig. Die EFRE-Mittel würden auch unter dem Stichwort Tourismus ausgegeben. Ohne Tourismus komme man an EFRE-Mittel nicht heran. Deshalb würden die EFRE-Mittel für naturschutzorientierten Tourismus, insbesondere in FFH- und Vogelschutzgebieten, ausgegeben. Dort würden mit diesen Mitteln Maßnahmen des Naturschutzes durchgeführt.

Zum Bereich „Nachhaltiges Wirtschaften“: Es sei richtig, dass man hier Fördermittel gekürzt habe. Man habe aber in diesem Haushalt über EFRE-Mittel 1,5 Millionen € für nachhaltiges Wirtschaften zur Verfügung gestellt, also in Bereichen, in denen Umwelttechnologie, nachhaltiges Wirtschaften gefördert werden könnten. Dies halte man für sinnvoller als Förderprogramme aufzustellen, bei denen, wie in der Vergangenheit geschehen, aus den Förderprogrammen nicht einmal ersichtlich sei, wer für was wie viel Geld bekommen könne.

Vor diesem Hintergrund könne er die angebrachte Kritik überhaupt nicht verstehen.

Zum Thema Klimaschutz gebe es ein Konzept in der Landesregierung. Insbesondere im Hause MUNLV existiere ein Konzept, wie mit den Klimafolgen umzugehen sei. Dafür sei man zuständig, und man greife diese Zuständigkeit auf. Dafür werde es den Innovationsfonds in Höhe von 10 Millionen € geben. Man werde die innovativen Projekte, die beabsichtigt seien, um die Klimafolgenpolitik nach vorne zu bringen, gerne benennen (siehe Vorlage 14/1462 vom 23. November 2007). Es gehe etwa um Hochwasserschutz, um Fragestellungen wie Regulierungen von Talsperren im Sinne des Hochwasserschutzes an der Ruhr und anderswo. Es sei eine Fülle von Projekten vorgesehen. Das Ganze solle keine Einbahnstraße sein. Er kenne kein anderes Bundesland, in dem eine Klimafolgenstrategie auf den Weg gebracht worden sei. Selbst der Bund sei mit einer Klimafolgenstrategie immer noch säumig; es gebe sie nicht. Insofern gehe Nordrhein-Westfalen, was diesen Teil angehe, den anderen Ländern voran.

Annette Watermann-Krass (SPD) geht auf zwei Punkte ein:

Erstens. Die Bereiche Landwirtschaft, Forstpolitik sowie Umwelt und Naturschutz seien nicht zukunftsweisend und nicht nachhaltig ausgerichtet. Nachdem in diesem Jahr die Forstreform auf den Weg gebracht worden sei, sei aus dem Haushalt 2008 ersichtlich, dass ein großer Teil des Staatswalds zum Verkauf stehe. Im Haushalt finde man 29 Millionen €, die durch den Verkauf von mindestens 6.000 ha Wald erzielt würden. Davon seien 21 Millionen € zur Haushaltssanierung vorgesehen.

Interessant seien die vorliegenden Stellungnahmen vom Bund Deutscher Forstleute, von den Naturschutzverbänden, aber auch von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald gewesen, die sich alle ganz entschieden gegen einen solchen Verkauf ausgesprochen hätten. Alle befürchteten, dass dies der Einstieg in einen Totalverkauf des Staatswalds sei. In keinem anderen Bundesland habe es Verkäufe in dieser Größen-

ordnung gegeben. Dort, wo es wie in Schleswig-Holstein versucht worden sei, hätten die Menschen erfolgreich Widerstand geleistet. Es sei nicht dazu gekommen.

Der Wald könne auch in Nordrhein-Westfalen nicht als rein wirtschaftliches Produkt gesehen werden. Für 18 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen stelle Wald den Ort dar, wo Natur erfahrbar und Erholung möglich sei. Deswegen stelle der Verkauf des Staatswalds einen gravierenden Einschnitt dar.

Zweitens. Sie wolle darauf eingehen, wie in diesem Land Landwirtschaftspolitik betrieben werde. Die Landesregierung spreche sich gegen eine Erhöhung der Modulation aus, obwohl die Diskussion im Gange sei. Durch Portugal werde es auf der Tagesordnung stehen. In der Diskussion über die bevorstehende Halbzeitbewertung – Abschaffung der Energiepflanzenprämie, deutliche Stärkung der zweiten Säule – werde schon jetzt sichtbar, dass es ab 2013 zu drastischen finanziellen Einschnitten kommen werde. Die Regierungskoalition lehne aber diese Modulation nach wie vor ab. Trotzdem vernehme man vonseiten des Ministeriums an der einen oder anderen Stelle, wenn man sich zum Beispiel über Milchviehhaltung unterhalte, es solle flankierende Maßnahmen auch aus dem EU-Topf geben.

Sie wolle gerne wissen, welche Töpfe wie gefüllt werden sollten. Man könne nur noch über eine Umverteilung reden. Sie bitte darum, endlich umzudenken. Es gehe um Wertschöpfung, um Arbeitsplätze, die im Sinne der Menschen, der Milchbauern und ihrer Familien erhalten werden müssten. Die Landesregierung müsse ihnen mit einer Landwirtschaftspolitik der Zukunft endlich eine Perspektive geben, jetzt die Weichen stellen und es nicht aussitzen. Wer sich jetzt keine Gedanken darüber mache, wie es in diesem Bereich weitergehen solle, handle nicht nachhaltig und nicht zukunftsweisend. – Deshalb könne sie Einzelplan 10 nicht zustimmen.

Der Staatssekretär habe davon gesprochen – so **Johannes Remmel (GRÜNE)** –, wie großartig die Politik der Landesregierung in den verschiedensten Bereichen sei. Aber es passe nicht ins Bild, in einem Jahr für 29 Millionen € Staatswald zu verkaufen, wenn man nachhaltige Politik betreiben, nachhaltige Forstwirtschaft und Biodiversität fördern wolle. Damit sei die Politik der Landesregierung nicht konsistent. Deshalb müsse man diese Politik leider heftig kritisieren. Der Staatswaldverkauf gehe in die falsche Richtung. Damit würden in diesem Jahr, wenn man die Preise abschätze, mindestens 3 bis 5 % des Staatswalds verkauft. Dieser Verkauf erfordere den vollen Widerstand der Grünen und werde von ihnen bis zur letzten Lesung thematisiert.

Rainer Deppe (CDU) fasst es eher als Kompliment auf, dass Annette Watermann-Krass dem Haushalt nicht zustimmen könne.

Zur Verlässigkeit bei der Modulation: Er erinnere sich noch an die tollen Pressemitteilungen von Frau Höhn, die sich gebrüstet habe, was sie für die Bauern alles herausgeholt habe, dass es um sichere Einnahmen – produktionsunabhängig, auf die Fläche bezogen – gehe, festgeschrieben bis 2013. – Wenn nun damit angefangen wer-

de, die Zusagen wieder streitig zu stellen, nehme man die Bürgerinnen und Bürger nicht mit und schaffe neue Unsicherheit.

StS Dr. Alexander Schink nimmt zum Staatswaldverkauf Stellung. Nach dem Haushaltsentwurf werde man für mehr als 29 Millionen € Staatswald verkaufen, um den Haushalt zu decken. Wenn man auf den Verkauf des Staatswalds verzichten wolle, würden die Einsparungen im Einzelplan 10 noch erheblich größer sein. Dann stünden andere Diskussionen an, als die über 25.000 € für Veranstaltungen der Verbände. Ohne Staatswaldverkauf wären 21 Millionen € nicht gedeckt.

Er – Schink – wisse nicht, warum durch den Verkauf eine nachhaltige Forstwirtschaftspolitik beeinträchtigt werden sollte. Waldfläche bleibe Wald. Auch bei Privaten müsse Wald als Wald erhalten bleiben. Die Funktionen des Waldes blieben ebenfalls bestehen.

Im Übrigen gebe es intelligente Lösungen, solche Flächen zu verkaufen, die für den Landesbetrieb Wald und Holz Zuschussflächen seien. Flächen, bei denen die Bewirtschaftung teurer sei als die erzielten Einnahmen, sollten verkauft werden und keine anderen. Der Landesbetrieb könne auch andere Flächen, die nicht Wald seien, veräußern. Von daher wäre er – Schink – dankbar, wenn man das Ganze etwas nüchterner und mit weniger Emotionen diskutieren und sich über die Folgewirkungen einer anderen Lösung Gedanken machen würde. Er wüsste er gerne, wo er die 21 Millionen € hernehmen solle, die er zur Deckung des Haushalts brauche.

Zum Thema Modulation habe Rainer Deppe schon zutreffende Ausführungen gemacht. Er – Schink – wisse, dass die SPD auf der Bundesebene beschlossen habe, mehr in die obligatorische Modulation hineinzugehen. Die EU-Kommission habe Vorschläge angekündigt, aber noch keine unterbreitet. Das solle erst im Laufe dieses Monats geschehen. Dann werde genug Zeit sein, über diese Frage zu diskutieren.

Man habe immer gesagt, es müsse Verlässlichkeit für diejenigen geben, die eine Flächenprämie erhielten. Denn auch dort gebe es Arbeitsplätze und Wertschöpfung – nicht nur bei den Milchbauern. Man werde diese Fragen diskutieren, wenn die Vorschläge der EU-Kommission auf dem Tisch lägen. Man werde sich das genau anschauen. Die Position der Landesregierung sei allerdings eindeutig: Die Förderpolitik der EU-Kommission müsse verlässlich sein. Man könne nicht dann, wenn die Preise erstmals wieder gestiegen seien, sofort auf ein anderes Pferd setzen und sagen, jetzt, da die Preise gestiegen seien, gehe man in die obligatorische Modulation und nehme denjenigen, die in der Vergangenheit von bestimmten Fördermitteln profitiert und sich darauf eingestellt hätten, diese Mittel wieder weg.

Johannes Remmel (GRÜNE) hält es für ein deutliches Zeichen, dass man am Kabinetttisch nichts zu melden habe, wenn man sich den Verkauf von Staatswald in Höhe von 29 Millionen € aufs Auge drücken lasse – zulasten der Sache. Andere Haushalte hätten in den Haushaltsverhandlungen ganz andere Summen erreicht, wie etwa der Innovationsbereich mit dem 100-Millionen-Programm oder der Kulturbereich, der verdoppelt werde. Das Gewicht des MUNLV am Kabinetttisch tendiere gegen null.

Vorsitzende Marie-Luise Fasse ruft die Einzelberatung der Änderungsanträge zum Einzelplan 10 auf.

(Die Änderungsanträge zum Einzelplan 10 sind in Vorlage 14/1453 aufgelistet. Im Folgenden werden nur die Anträge aufgeführt, zu denen eine Diskussion stattfindet.)

Die Frage von **Johannes Remmel (GRÜNE)**, ob noch Änderungsanträge von der Regierungskoalition zu erwarten seien, bejaht **Friedhelm Ortgies (CDU)**, aber nicht heute.

Antrag Nr. 5 (Grüne)

Kapitel 10 020 – Allgemeine Bewilligungen

Titel 883 11 – Altlastensanierung

Erhöhung um 1,45 Millionen € auf 3,45 Millionen €

Johannes Remmel (GRÜNE) erläutert Folgendes, das man im Haushalt nicht auf den ersten Blick nachvollziehen könne. Im letzten Jahr habe er befürchtet, dass die Mittel für Altlastensanierung dadurch, dass sie aus dem GFG herausgenommen und in den Einzelplan 10 überführt würden, eine Kürzung erfahren würden. Das sei in der Tat geschehen. Im Saldo sei eine Kürzung eingetreten, weil nur ein Teil der Summe des letzten Jahres durch EFRE-Mittel aufgefangen werde. Deshalb beantrage man eine Erhöhung des Ansatzes um 1,45 Millionen €, um auf die alte Summe zu kommen.

StS Dr. Alexander Schink trägt die Rechnung der Landesregierung vor. Man habe für die Altlastensanierung insgesamt 6 Millionen €: 2 Millionen € EFRE-Mittel, 2 Millionen €, von der EU finanziert, und 2 Millionen € als Haushaltsansatz. Das sei nicht weniger als vorher.

Antrag Nr. 13 (Grüne)

Kapitel 10 030 – Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege

Titelgruppe 82 – Naturschutz und Landschaftspflege

Titel neu 82 – Sonderprogramm Biodiversität

Neuer Ansatz: 1 Million €

Johannes Remmel (GRÜNE) unterstreicht, man habe bei den Haushaltsanträgen einen besonderen Schwerpunkt auf Naturschutz, Biodiversität und Ehrenamt gelegt.

Antrag Nr. 14 (SPD)

Kapitel 10 030 – Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege

Titel 892 11 – Zuschüsse an den Flughafen Münster/Osnabrück

Vollständige Streichung des Titels in Kapitel 10 030

Ausschuss für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
43. Sitzung (öffentlich)

07.11.2007

mr-be

und

Antrag Nr. 15 (Grüne)

Kapital 10 030 – Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege
Titel 892 11 – Zuschüsse an den Flughafen Münster/Osnabrück
Reduzierung des Ansatzes in Höhe von 2,3 Millionen € auf null

Svenja Schulze (SPD) zeigt sich wie im letzten Haushaltsjahr überzeugt, dass man Auflagen im Umweltbereich nicht aus dem Umweltetat finanzieren dürfe.

Auf die Frage von **Johannes Remmel (GRÜNE)**, ob das Vorgehen inzwischen beihilferechtlich notifiziert worden sei, antwortet **StS Dr. Alexander Schink**, das Notifizierungsverfahren sei vor zwei Wochen eingeleitet worden. Mit einem Abschluss rechne man nicht vor Mitte nächsten Jahres.

Johannes Remmel (GRÜNE) interessiert sich dafür, warum die Summe von 1 Million €, die jeweils 2006 und 2007 eingestellt gewesen sei, in 2008 auf 2,3 Millionen erhöht worden sei.

StS Dr. Alexander Schink erwidert, insgesamt seien 10 Millionen € vorgesehen. Für das nächste Jahr seien 2,3 Millionen € avisiert. Man gehe davon aus, dass, wenn der Notifizierungsantrag abgearbeitet worden sei, diese 2,3 Millionen € im nächsten Jahr auch verausgabt würden.

Antrag Nr. 18 (Grüne)

Kapitel 10 040 – Verbraucherangelegenheiten
Titel 684 61 – Zuschüsse für laufende Zwecke an Verbraucherverbände
Erhöhung des Ansatzes um 1 Million € auf 9,8 Millionen €

Johannes Remmel (GRÜNE) begründet den Antrag. Es hätten Strompreiserhöhungen stattgefunden, die das Kartellamt auf den Plan gerufen hätten. Die Verbraucherberatung habe mit ihrer Stromwechselkampagne, die ausgeweitet und fortgesetzt werden müsse, gute Ansätze gezeigt. Die Erhöhung sei speziell für solche Kampagnen gedacht.

Antrag Nr. 21 (Grüne)

Kapitel 10 060 – Immissionsschutz und Gentechnik
Titel 883 61 – Zuweisungen (an Gemeinden, GV) im Rahmen der Umsetzung von Lärminderungsplänen
Erhöhung des Ansatzes um 5 Millionen € auf 5,28 Millionen €

Johannes Remmel (GRÜNE) weist darauf hin, für Ende des Jahres sei die Vorlage der Lärmkarten angekündigt. Es sei an keiner Stelle absehbar, welche Folgen bzw.

welche konkreten Maßnahmen daraus abzuleiten seien. Man sollte bei der Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung von Maßnahmen im Bereich Lärmmin- derung deutliche Zeichen setzen.

Antrag Nr. 23 (Grüne)

Kapitel 10 260 – Landesforstverwaltung

Titel 131 11 812 – Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken

Reduzierung des Ansatzes (Einnahmeposition!) um 28,99 Millionen € auf 510.000 €

Johannes Remmel (GRÜNE) kündigt an, im Rahmen einer Gesamtdeckung hierfür eine entsprechende Deckung zu präsentieren. Das Thema selber habe man schon ausführlich diskutiert.

Antrag Nr. 27 (Grüne)

Kapitel 10 400 – Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz

Titel 422 .. bis 428 .. – Personalausgaben für Lebensmittelkontrolleure

Neuer Ansatz: 5 Millionen €, VE: 10 Millionen €

Johannes Remmel (GRÜNE) macht deutlich, mit diesem Antrag wolle man das Versprechen des Ministerpräsidenten endlich umsetzen, die Lebensmittelkontrolleure zu verdoppeln. Dieser Betrag solle dazu dienen, die 300 versprochenen zusätzlichen Lebensmittelkontrolleure tatsächlich als Lebensmittelkontrolleure und nicht als Assis- tenten einzusetzen.

Der Ausschuss stimmt gemäß Vereinbarung der Fraktionen wie folgt ab:

Die Änderungsanträge zu Einzelplan 10 (siehe Vorlage 14/1453) werden gemäß der folgenden Tabelle abgestimmt:

Anträge	Abstimmung	Ergebnis
Nr. 1 (SPD)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen	abgelehnt
Nr. 2 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen	abgelehnt
Nr. 3 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen	abgelehnt
Nr. 4 (SPD)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen	abgelehnt
Nr. 5	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die	abgelehnt

Anträge	Abstimmung	Ergebnis
(Grüne)	Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	
Nr. 6 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen	abgelehnt
Nr. 7 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen	abgelehnt
Nr. 8 (SPD)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen	abgelehnt
Nr. 9 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen	abgelehnt
Nr. 10 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen	abgelehnt
Nr. 11 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 12 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 13 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 14 (SPD)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen	abgelehnt
Nr. 15 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen	abgelehnt
Nr. 16 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 17 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 18 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 19 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 20 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 21	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die	abgelehnt

Anträge	Abstimmung	Ergebnis
(Grüne)	Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	
Nr. 22 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 23 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 24 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 25 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 26 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 27 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt

Dem Einzelplan 10 wird in der Gesamtabstimmung mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen unverändert zugestimmt.

Einzelplan 03 – Kapitel 03 310 – wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen unverändert angenommen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung einschließlich Ergänzungsvorlage wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen.



Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

43. Sitzung (öffentlich)

7. November 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:45 Uhr

Vorsitz: Marie-Luise Fasse (CDU)

Protokoll: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Unter TOP 1 wird auf Antrag der Fraktion der SPD die Dringliche Frage „Wie ist der Stand der PFT-Reduzierung bei den Wasserwerken an der Ruhr?“ behandelt.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, unter TOP 2 eine Aktuelle Viertelstunde zu dem Thema „Sind bei der Vorbereitung zur Umsetzung des Gesetzes zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts bereits Fakten im Personalbereich – Kommunalisierung der Umweltverwaltung – geschaffen worden?“ durchzuführen.

1 Dringliche Frage 8

von Svenja Schulze im Namen der Fraktion der SPD an den Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Wie ist der Stand der PFT-Reduzierung bei den Wasserwerken an der Ruhr?

StS Dr. Alexander Schink (MUNLV) stellt den Sachverhalt dar.

2 Aktuelle Viertelstunde 13

Thema: „Sind bei der Vorbereitung zur Umsetzung des Gesetzes zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts bereits Fakten im Personalbereich – Kommunalisierung der Umweltverwaltung – geschaffen worden?“ 13

auf Antrag der Fraktion der SPD

StS Dr. Alexander Schink nimmt Stellung.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008) 18

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/4600
Vorlagen 14/1185 und 14/1269

Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Einzelplan 03 – Innenministerium
Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Der Ausschuss stimmt gemäß Vereinbarung der Fraktionen wie folgt ab:

Die Änderungsanträge zu Einzelplan 10 (siehe Vorlage 14/1453) werden gemäß der folgenden Tabelle abgestimmt:

Anträge	Abstimmung	Ergebnis
Nr. 1 (SPD)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen	abgelehnt
Nr. 2 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen	abgelehnt
Nr. 3 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen	abgelehnt
Nr. 4 (SPD)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen	abgelehnt
Nr. 5 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 6 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen	abgelehnt
Nr. 7 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen	abgelehnt
Nr. 8 (SPD)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen	abgelehnt
Nr. 9 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen	abgelehnt
Nr. 10 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen	abgelehnt
Nr. 11 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 12 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 13 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 14 (SPD)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen	abgelehnt
Nr. 15 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen	abgelehnt
Nr. 16	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die	abgelehnt

Anträge	Abstimmung	Ergebnis
(Grüne)	Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	
Nr. 17 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 18 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 19 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 20 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 21 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 22 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 23 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 24 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 25 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 26 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt
Nr. 27 (Grüne)	mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD	abgelehnt

Dem Einzelplan 10 wird in der Gesamtabstimmung mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen unverändert zugestimmt.

Einzelplan 03 – Kapitel 03 310 – wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen unverändert angenommen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung einschließlich Ergänzungsvorlage wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen.

Ausschuss für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
43. Sitzung (öffentlich)

07.11.2007

mr-be

4 Stand der Bekämpfung der Blauzungenkrankheit in NRW 33

Vorlage 14/1333

Minister Eckhard Uhlenberg (MUNLV) nimmt Stellung.

5 Entwicklung der Cumarinbelastung von Zimtsternen in NRW 37

Vorlage 14/1350

Mit Vorlage 14/1388 berichtet die Landesregierung und beantwortet von den Grünen gestellte Fragen.

6 Anbau von gentechnisch verändertem Mais in Borken durch die Firma Monsanto 39

Vorlagen 14/1127 und 14/1351

Minister Eckhard Uhlenberg beantwortet weitere Fragen.

7 Grenzwerte für Müllverbrennung deutlich absenken 41

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4830

Der Antrag der Grünen Drucksache 14/4830 wird mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen abgelehnt.

8 Landesregierung muss sich für Flexibilisierung des Forstschäden-Ausgleichsgesetzes einsetzen 49

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5218

Der Antrag der SPD Drucksache 14/5218 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

Ausschuss für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
43. Sitzung (öffentlich)

07.11.2007

mr-be

**9 Privatsphäre von Verbraucherinnen und Verbrauchern schützen –
Bundesratsinitiative für ein Verbot von Telefonwerbung! 52**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5020

Der Ausschuss kommt überein, das Thema in der Sitzung
am 9. Januar 2008 unter Hinzuziehung von Sachverständigen
zu beraten.

**10 Umweltfreundliche Erdwärmennutzung unbürokratisch unterstützen –
Landesregierung darf Geothermie nicht behindern 55**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5013

Der Ausschuss beschließt, kein Votum abzugeben.

**11 Import von australischem HCB-Giftmüll nach NRW – Aktueller
Sachstand 57**

Die Landesregierung berichtet mit Vorlage 14/1396.

Nächste Sitzung: 28. November 2007

* * *